

Königsberger Hartung'sche Zeitung.

Eigene Drahtberichte der Königsberger Hartung'schen Zeitung.

Prozeß Brandt-Eccius.

Berlin, 27. Oktober.

Im weiteren Verlauf der Vernehmung des Zeugen Geh. Finanzrats Eugen Berg erklärt dieser auf das bestimmteste, daß die Vernehmung Brandts auch dann erfolgt wäre, wenn das gerichtliche Verfahren nicht gekommen wäre.

Brandt mußte verlegt werden, weil Krupp, um Mißdeutungen zu entgehen, nicht weiter dulden konnte, daß Brandt Nachrichten von Subalternbeamten verhandelt. Die Annahme, die Entlassung v. Wegens erfolgte, weil man den unabweisbaren Mahner los sein wollte, bezeichnet der Zeuge als lächerlich. v. Wegens sei entlassen, weil er durch sein Verhalten in Italien sich des in ihn gesetzten Vertrauens unwürdig gemacht habe. Nach der ganzen Situation hielt ich Bestechungen von Brandts Seite für wahrscheinlich. Uebrigens sind die Entschädigungen an Brandt nichts Außergewöhnliches. Am 2. September erfolgte

die Aufdeckung der Verletzungen Wegens.

Als Wegens mit dem Vertreterposten in Italien betraut werden sollte, lehnte er dies für seine Person ab. Er unterhandelte mit Wingen, riet jedoch später von diesem ab. v. Wegens konnte nachgewiesen werden, daß er in der ganzen Angelegenheit nur seine Privatinteressen wahrgenommen hatte und den denkbar größten Vertrauensbruch dadurch beging, daß er Wingen Mitteilung von den vertraulichsten Dingen des Geschäftsganges in Essen machte. Durch die Entlassung v. Wegens wurde die Lage noch verwickelter. Wegens verstieg sich sogar zu Drohungen. Er teilte im September mit, er habe sich Material der Firma referiert und Brandt geraten, desgleichen zu tun. Direktor Dräger verweigerte Brandt nochmals ins Gebet zu nehmen. Er war der Ueberzeugung, daß bisher illoyale Handlungen nicht vorgekommen seien und daß er der Firma Krupp nichts vorwerfen habe. Würde man Brandt abberufen, so könnte vielleicht der Ansicht erweckt werden, daß man ein schlechtes Gewissen habe. Die Verichterstattung sollte fortgesetzt werden, soweit sie ohne geschädigte Schädigung der Firma erfolgen könne. Geseichnet werden sollten die Berichte aber zukünftig von Direktor Dräger.

Im Direktorium sei über die Gehaltsverhältnisse Brandts nicht gesprochen worden. Das Direktorium bewilligte eine für Gehaltsveränderungen notwendige Gesamtsumme. Brandt hatte bereits in Essen ein Gehalt von 5000 Mark. Er wurde in Berlin besser bezahlt, weil er einen verantwortungsvollen Posten hatte. Auch daß Brandt den offiziellen Vertreter vertrat, war mitbestimmend bei der Festsetzung des Gehalts.

Herr v. Schüb und Brandt.

Darauf wurde Landrat a. D. Köster vernommen. Zeuge war von Juli 1901 bis September 1909, also in der Zeit, wo die Verletzung Brandts nach Berlin erfolgte, Vorsitzender des Direktoriums der Firma Krupp. Er bemerkte, es wäre außerordentlich töricht gewesen, wenn in Essen irgendeiner der leitenden Herren das Vertrauensverhältnis, das zur fraglichen Zeit zwischen der Firma Krupp und der Geeresverwaltung in weitgehendem Maße bestand, leichtsinnig aufs Spiel gesetzt hätte, daß er in Berlin Dinge einrichtete oder gestattete, die sich nicht gehörten. Der Berliner Vertreter v. Schüb übernahm den Posten, als die Verhältnisse noch sehr einfach lagen. Allmählich aber fühlte v. Schüb seiner Aufgabe sich nicht mehr ganz gewachsen. Infolge dessen wurde auf seine Anregung Brandt nach Berlin versetzt. v. Schüb wandte sich dann an ihn, den Zeugen, wegen Zuweisungen aus dem Dispositionsfonds. Warum er sich gerade an ihn, den Vorsitzenden des Direktoriums, wandte, geschah vielleicht aus einer gewissen Wichtigkeit. Der Gedanke, daß es sich bei Brandts Tätigkeit um Bestechungen handeln könnte, sei ihm nie gekommen. Auch die briefliche Wendung des Herrn v. Schüb, direkte Geldgeschenke mache Brandt nicht, habe er damals nicht so gewürdigt, wie sie jetzt gewürdigt werden müsse. Er habe Schüb für einen Ehrenmann gehalten. Ueber den Verkehr Brandts mit Beamten der Militärverwaltung sei er nicht orientiert gewesen. Es kommt dann nochmals bei Vernehmung des Zeugen über die gegen ihn eingeleitete Untersuchung jener Posten in dem Briefe v. Schüb zur Sprache. Zeuge wiederholt, er habe den Posten nicht so verstanden, wie der Oberstaatsanwalt anzunehmen scheint. Zeuge bekundet weiter, daß

die Gratifikationen, die Brandt erhielt,

nichts Außergewöhnliches bedeuteten. Die Funktionszulagen seien Eigentum des betreffenden Beamten. Zeuge gibt zu, daß er eine Reihe von Korrespondenzen in die Hände bekommen und an die zuständigen Stellen weitergegeben habe. Das Gehalt Brandts erscheint dem Zeugen nicht ungewöhnlich hoch, da Brandt v. Schüb unterstützen sollte. Brandt war gewissermaßen als Assistent v. Schübes gedacht.

Darauf beginnt die Vernehmung des Direktors Moutz. Er war zur fraglichen Zeit Assistent des Direktors Budde, der dem Preisbureau vortand und dem auch das Berliner Bureau unterstand. Brandt wurde nach Berlin versetzt, weil er ein ausgezeichnete Arbeiter war und über ein besonderes Organisations-talent verfügte. Geheimrat Budde war zunächst über den Berliner Dienst entzweit. Später aber wurde er ihm unympathisch, weil er das Gefühl bekam, daß ein Teil der Berichte auf Indiskretionen beruhte. Zeuge ist der Ansicht, daß Brandt für das Kornwalmaterial Geschenk machte. Von der Glaubwürdigkeit Brandts ist der Zeuge überzeugt. Er meint, daß er hinsichtlich der Beschaffung des Nachrichtenmaterials die Wahrheit sagte. Zeuge hat mit Brandt auch geheimes Material besprochen.

Damit ist die Vernehmung des Zeugen beendet und es tritt eine Pause ein. Nach Wiederaufnahme der Sitzung wird das Mitglied des Direktoriums Finanzrat Nau vernommen, der das allgemeine Finanzwesen der Firma Krupp verwaltet. Zeuge schildert die Entwicklung der Geldverhältnisse Brandts. Dieser klagte, er könne von seinem Gehalt nichts zurücklegen. Es sei daraufhin beschlossen worden, Brandt innerhalb zehn Jahren 10 000 Mark auszuzahlen. Nach sechsjähriger Tätigkeit in Berlin bezog Brandt ein festes Einkommen von 10 000 Mark. Da durch Brandts Hand der gesamte Schriftwechsel zwischen der Geeresverwaltung und der Firma Krupp gehen mußte, war dies nicht zu hoch. Zudem war Brandt stark beschäftigt. Er mußte oft v. Schüb vertreten, die Geeresverwaltung hat gleichfalls ein Interesse, daß die Firma Krupp Beamte wie Brandt, die viel geheime Dinge erfahren, gut bezahlt, damit sie nicht militärische Angelegenheiten Anberauren des Geldgewinnes wegen verraten. Zeuge kommt sodann auf die Reise Dr. Mühlons nach Berlin zu sprechen, wobei Brandt die Aeußerung getan haben soll,

er wolle ein anständiger Mensch bleiben.

Zeuge bestätigt die Aussagen des Zeugen Geh. Finanzrats Eugen Berg. Dr. Mühlons habe damals bereits die Ansicht ausgedrückt, man dürfe die Dinge in Berlin so nicht weitergehen lassen. Zeuge bezeichnet die Haltung Mühlons, der damals nicht weiter in Brandt drang, um zu erfahren, was hinter der fraglichen Bemerkung stehe, für durchaus richtig. Die Direktoren waren sodann einig, daß ein Beamter, der derartige Bemerkungen mache, nicht länger auf seinem Posten belassen werden könne. Die Funktionszulage habe nicht gebient, daß Brandt die Einkünfte aus dem Verkehr mit den Militärbeamten bestritte. Es sei nicht allgemein

zur Kenntnis der Firma und des Direktoriums gelangt, wie weit sich der Verkehr Brandts mit Militärbeamten erstreckte.

Finanzrat Nau, der dem Finanzrat Nau zugeteilt war, fertigte mit Brandt den 1909 abgeschlossenen neuen Vertrag aus, nach dem Entwurfe des Direktors Eccius. Die Funktionszulage erhielt jeder auswärtige Beamte. Es folgt die Vernehmung v. Demwitsch, des Nachfolgers des früheren Profuristen Moutzes, dem das Preisfestsetzungsbureau untersteht. Sämtliche Kornwälder gingen durch seine Hände. Viele von ihnen hätten veraltetes Material enthalten. Bisweilen habe er das Gefühl gehabt, daß diese Berichte auf Indiskretionen beruhen, doch habe er hierüber nicht weiter nachgedacht. Die Kornwälder wurden von Zeit zu Zeit vernichtet. Die Kornwälder hätten die Preisgestaltung nicht beeinflusst, namentlich, soweit es sich um Preis-erhöhungen handele. — Es werden noch vernommen die Bureauvorsteher der Firma Krupp: Grünwald-Essen und Retrowski-Berlin. Ersterer bestätigt, daß die Kornwälder keine Preis-erhöhungen bewirkten.

Die Weiterberatung wird auf morgen 9 Uhr vertagt.

Berlin, 27. Oktober. Nach der „Neuen Politischen Korrespondenz“ kann man annehmen, daß der Krupp-Prozeß Ende dieser Woche zum Abschluß gelangt. In juristischen Kreisen sei man der Ansicht, daß der Freispruch des Direktors Eccius zu erwarten sei.

Deutsches Reich.

Gerüchte vom Verkauf des „Lokalanzeigers“.

Berlin, 27. Oktober.

Seit Monaten gehen in Berlin Gerüchte von dem Verkauf des „Lokalanzeigers“ um. Gerüchte, die sich heute in einem Berliner Monatsblatt und vermutlich auf Grund dieser Quelle in verschiedenen Provinzzeitungen zu einer Nachricht verdichtet haben, Scherl habe den „Lokalanzeiger“ für zehn Millionen Mark an die Regierung verkauft. In dieser Form konnte die Meldung natürlich nicht zutreffen. Sowie wir in Erfahrung bringen konnten, hat indessen überhaupt ein Verkauf bis zur Stunde wenigstens nicht stattgefunden. Ein großer Teil des Gesellschaftskapitals des „Berliner Lokalanzeigers“ befand sich bisher in den Händen der Handelsgesellschaft, die wiederholt Anleihen vermittelt und für innerhalb der Statuten eine gewisse Bestimmungsbeugnis eingeräumt erhalten hatte. Neuerdings hat nun noch eine Bankgruppe, an deren Spitze die Diskontogesellschaft und hinter der die Regierung oder wenigstens der Regierung eng liierte Großkapitalisten standen, u. a. auch der frühere Finanzminister und jetzige Oberpräsident der Rheinprovinz Freiherr von Rheinbaben, tatsächlich Verkaufsverhandlungen mit Scherl angeknüpft. Es kam indessen nicht soweit, wohl aber hat der Besitzer des „Lokalanzeigers“, wie uns mitgeteilt wird, zwei Millionen Stammanteile an den Konzern der Diskontogesellschaft zur Abtötung gewisser Verpflichtungen abgetreten. Damit soll in der Tat die Diskontogesellschaft ein Uebergewicht über die anderen beteiligten Banken gewonnen haben, und sie soll in der Lage sein, den Einfluß der Handelsgesellschaft künftig zu überbieten. Immerhin sollen von zwanzig Millionen Stammanteilen noch zehn Millionen in den Händen des Herrn Scherl selbst sein.

Die Befoldungsreform und ihre Deckung.

Berlin, 27. Oktober.

Eine Novelle zur Befoldungsordnung soll dem Reichstage zugehen. Gegenwärtig schweben allerdings noch Verhandlungen zwischen den zuständigen Reichsstellen und dem preussischen Finanzministerium über den Umfang der Reform, die im Reich und Preußen übereinstimmend durchgeführt werden soll. Die Entscheidung wird jedoch schon in den nächsten Wochen fallen, da für die preussische Befoldungsreform die erforderlichen Mittel schon in den Etat für 1914 eingestellt werden dürften. Für die Befoldungsreform der Reichsbeamten werden die erforderlichen Mittel in den Reichsetat für 1914 noch nicht eingestellt werden, da die Deckungsmittel nicht zur Verfügung stehen. Da feststeht, daß eine Vorlage zur Besteuerung der Kennwetten eingebracht werden wird, so liegt die Vermutung nahe, daß die hierdurch gewonnenen Mehreinnahmen für die Befoldungsvorlage in Frage kommen.

Regierung und Arztstreit.

Berlin, 27. Oktober. Ueber die Stellung der Regierung zum Streit zwischen Ärzten und Krankenkassen veröffentlicht der „Lokalanzeiger“ heute eine Notiz, die offiziellen Anstrich trägt, allerdings bedenklich nichtig ausfällt. Danach hat das Reichsamt des Inneren bisher keine Stellung genommen und es dürfte dies um so weniger zu erwarten sein, als das Krankenkassengesetz einen derartigen Fall bereits vorgelesen hat. Für eine Situation, wie sie augenblicklich besteht, treffe der § 370 dieses Gesetzes zu. — Die Reichsregierung scheint also die Dinge ruhig ihren Lauf nehmen und es auf den Ausgang des Kampfes ankommen lassen zu wollen.

Das Bismarcknationaldenkmal bei Bingen.

Berlin, 27. Oktober. Am 1. November Nachmittags 4 Uhr findet im Bürgerloale des Berliner Nathans eine Kundgebung zugunsten des Bismarck-Nationaldenkmals auf Gelsenhöhe bei Bingen-Bingerbrück statt, wobei Geheimrat Dr. Muthelius-Nicolassie-Berlin und Professor Kreis-Düsseldorf über die endgültige Gestaltung des Preis-Leederischen Entwurfes sprechen werden. Wie wir aus zuverlässiger Quelle hören, wird auch der Reichskanzler, der Ehrenvorsitzender des Vereins für die Errichtung eines Bismarck-Nationaldenkmals ist, der Veranstaltung beiwohnen, der um 3 Uhr Nachmittags eine Sitzung des Vorstandsbeirates in demselben Saale vorangeht. Die aus Berliner Kreisen sowie aus allen Gauen Deutschlands vorliegenden Anmeldungen zu der Versammlung, lassen einen außerordentlich zahlreichen Besuch erwarten.

Kleine politische Meldungen.

Berlin, 27. Oktober. Die von uns schon mit allem Vorbehalt wiedergegebene Meldung, es sei eine Disziplinaruntersuchung anhängig

gemacht worden, um festzustellen, auf welchem Wege der bekannte Brief des Kronprinzen an den Reichskanzler in die Öffentlichkeit gelangt sei, wird der „Germania“ an Stellen, die es wissen müßten, als unzutreffend bezeichnet.

Berlin, 27. Oktober. Der „Reichsanzeiger“ schreibt: Verliehen wurde die Krone zum Roten Adlerorden 2. Klasse mit Eichenlaub dem Wirklichen Geheimen Ober-Baurat Thözmer, Vortragendem Rat im Ministerium der öffentlichen Arbeiten, und die Krone zum Roten Adlerorden 2. Klasse dem Geheimen Justizrat Robert Esser-Köln.

Wildpark, 27. Oktober. Der Kaiser traf heute Nachmittags 2.17 Uhr auf der Fürstenstation Wildpark ein. Zum Empfang hatte sich die Kaiserin eingefunden. Das Kaiserpaar begab sich in das Neue Palais.

Gleiwitz, 27. Oktober. Der Landwehroberleutnant Kriegsbaumeister Vogt, Vorsitzender des Kriegervereins in Rhbnick, der Hauptagitator und Hauptzeuge gegen Antiel hat seinen Abschied erhalten.

München, 27. Oktober. Die Kammer der Reichsräte trat heute zu der ersten Sitzung in dieser Session zusammen.

Regensburg, 27. Oktober. Im kaufmännischen Verein zu Regensburg sollte am 7. November ein Vortrag von Professor Drews in Karlsruhe über die Geschichtlichkeit Jesu stattfinden. Das bischöfliche Ordinariat hat darauf hin in einem offiziellen, vom Generalvikar gezeichneten Erlaß den Katholiken nicht nur die Teilnahme an jenem Vortrage, sondern auch die weitere Zugehörigkeit zu dem Verein, dem viele katholischen Kaufleute angehören, verboten. Der Erlaß ist gestern von allen Kanzeln der Regensburger Pfarrkirchen verlesen worden.

Geeckemünde, 27. Oktober. Die Leitung der Werft Tecklenborg teilt mit, daß sie gezwungen war, weitere 500 Arbeiter zu entlassen.

Ausland.

Ein Protest gegen die Entrechtung der Balkanjuden.

London, 27. Oktober.

Namens des gemeinsamen jüdischen Ausschusses richteten David Alexander und Claude Montefiore, Präsident der englisch-jüdischen Vereinigung an Sir Edward Grey ein Schreiben, in dem sie die Aufmerksamkeit auf die Tatsache richten, daß im Bukarester Vertrag und ähnlichen Dokumenten der neueren Zeit die Garantien der religiösen und bürgerlichen Gleichberechtigung für die Juden, wie sie im Berliner Vertrage enthalten sind, nicht bestätigt oder wiederholt werden. Die jüdische Bevölkerung sei deshalb namentlich nach den starken territorialen Veränderungen auf dem Balkan und dem Landzuwachs Rumaniens, wo bisher die Bestimmungen des Berliner Vertrages systematisch umgangen wurden, in höchster Gefahr. Internationale Verpflichtungen zum Schutz der Juden seien notwendig, besonders angesichts der Unterdrückungen in Rumänien, wenn andererseits auch anerkannt werden solle, daß in Griechenland, Serbien, Bulgarien und Montenegro rechtliche und religiöse Gleichberechtigung bestehe.

Die Wahlen in Italien.

Rom, 27. Oktober. Bis 4 Uhr waren 359 Wahlergebnisse bekannt. Es waren bis dahin gewählt: Ministerielle-Konstitutionelle 175, 14 konstitutionelle Oppositionelle, 38 ministerielle Radikale, 19 Radikale, 22 radikale Sozialisten, 16 reformistische Sozialisten, 11 Republikaner, 64 Stichwahlen sind nötig. Alle Minister und Unterstaatssekretäre sind wieder gewählt worden. Die Wahl des Unterstaatssekretärs der Marine, Bergamasco, war noch zweifelhaft. Die meisten Politiker von Bedeutung kehren in die Kammer zurück.

Kleine Meldungen.

Wien, 27. Oktober. Kaiser Franz Josef stattete heute Vormittag den Kronprinzenpaar von Rumänien einen Besuch ab. Mittags fand zu Ehren der rumänischen Gäste beim Kaiser in der Hofburg ein Frühstück statt, an dem Erzherzog-Thronfolger Franz Ferdinand, die Herzogin von Hohenberg und die übrigen hier weilenden Mitglieder des Kaiserhauses teilnahmen.

Stockholm, 27. Oktober. Das „Svenska Telegrammbyran“ kann nach einwandfreien Informationen feststellen, daß die Meldung, der russische Militärattaché sei angefordert worden, das Land zu verlassen, sowie der russische Gesandte sei abgereist und werde nicht auf seinen Posten zurückkehren, jeglicher Begründung entbehrt.

Lissabon, 27. Oktober. Der Führer, der das Regime Alfonso Coimas bekämpfenden portugiesischen „Revolutionisten“ Antonio d'Almeida sprach die Erwartung aus, daß der 16. November d. J. der Tod der gegenwärtigen Macht habe sein und eine neue Kategorie von Republikanern zur Macht führen werde. An diesem Tage finden nämlich 37 Nachwahlen für die gesetzgebenden Körperschaften Portugals statt. Die Revolutionisten erhoffen den Sieg auf der ganzen Linie.

Athen, 27. Oktober. Eine amtliche Meldung des Marineministers bemerkt kategorisch eine Wiener Meldung betreffend den Verkauf eines im Bau befindlichen deutschen Panzerschiffes. Die Mitteilung erklärt, daß keinerlei Verhandlungen bezüglich des Kaufes eines Panzerschiffes stattgefunden hätten.

Kronberg, 27. Oktober. Die griechische Königin ist mit ihrem Schwager der Prinzessin Friedrich Karl von Hessen nebst Kindern, dem Prinzen Paul und den Prinzessinnen Selene, Katharina und Irene nach Berlin abgereist.

Aus Kunst und Wissenschaft.

Reinhardt's Theater der Fünftausend.

Berlin, 27. Oktober. Die Verhandlungen zwischen Max Reinhardt und Albert Schumann, die einen radikalen Umbau des Fünfthausend zum Zweck der Reinhardt'schen Aufführungen anstreben, sind zum Abschluß gelangt. Die Eröffnung des Gebäudes in der neuen Gestalt ist für September nächsten Jahres geplant. Mit der Umgestaltung soll es aber auch seinen Namen wechseln. Es soll nach er-